

**3  
79**

# Union in Deutschland

Bonn, den 18. Januar 1979

## Wählerauftrag erfüllen

Im Anschluß an die erste Sitzung nach der Weihnachtspause des Bundesvorstandes der CDU, an der auch die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Bundesländer, die Vorsitzenden der Landesverbände und die Bundesvorsitzenden der Vereinigungen der CDU teilgenommen haben, erklärte Helmut Kohl am 11. 1. vor der Presse in Bonn:

„Der Parteivorsitzende Dr. Helmut Kohl erklärt, daß er nach der ausführlichen Diskussion im Parteipräsidium und im Bundesvorstand unter Würdigung der Diskussionsbeiträge und Argumente, die in der Absicht vorgetragen wurden, die Schlagkraft der Union weiter zu erhöhen, den Vorsitz der Bundestagsfraktion beibehalte und er die Absicht habe, auf dem nächsten Parteitag wieder für das Amt des Vorsitzenden der CDU zu kandidieren.

Der Vorsitzende kündigte an, daß er aufgrund der Erfahrungen der ersten Hälfte der Legislaturperiode, des Ergebnisses der Diskussion im Fraktionsvorstand im Dezember 1978 und nach den notwendigen Gesprächen mit der CSU der Bundestagsfraktion der CDU/CSU Vorschläge für die Organisation der Arbeit der Fraktion für die zweite Hälfte der Legislaturperiode machen werde.

Weiter auf Seite 2

### BUNDES-PRÄSIDENTENWAHL

Unwürdiges Spiel um Walter Scheel Seite 5

### EUROPAWAHL

Die CD stellt ihr Aktionsprogramm 1979 vor Seite 6

### STRUKTUR-POLITIK

Der Bundesfachausschuß legte eine Studie zur Verkehrsberuhigung in den Städten vor Seite 7

### ENERGIE

Bürokratie hat wirksame Einsparungen verhindert und die Bürger verunsichert Seite 13

### BERLIN

Namhafte Unionspolitiker stehen für die Regierungsverantwortung bereit Seite 14

### BUNDESPARTEI

Das Programm des Bundesparteitages vom 25. bis 27. März in der Kieler Ostseehalle Seite 15

### EUROPA

Flagge zeigen — für Europa blauer Teil

### DOKUMENTATION

Gewerkschaften am Scheideweg grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Das Parteipräsidium und der Bundesvorstand unterstützen nach eingehender Beratung einstimmig diese Entscheidung des Parteivorsitzenden und sehen sie als den richtigen Weg für eine erfolgreiche Arbeit der CDU an.

Der Bundesvorstand beschloß einstimmig, daß die fälligen Wahlen zum Bundesvorstand auf dem nächsten Parteitag am 25. bis 27. März 1979 in Kiel stattfinden."

**Im ZDF (11. Januar 1979) erläuterte Helmut Kohl diese Erklärung wie folgt:**

**Frage:** Keine Ämtertrennung. Werten Sie das als persönlichen Erfolg?

**Helmut Kohl:** Ich bin mit dem heutigen Tage sehr zufrieden. Die Ereignisse der letzten Tage waren für die CDU alles andere als zuträglich. Und es war notwendig, daß dieser Familienkrach ebenso intensiv diskutiert wie abrupt abgeschlossen wird. Ich gehe davon aus, daß das so ist.

**Frage:** Sich immer wieder bestätigen lassen zu müssen den Führungsanspruch als Oppositionsführer, geht das nicht an die Nerven?

**Helmut Kohl:** Nein, wer Oppositionsführer wird — ich bin das aus freien Stücken geworden 1976 —, muß wissen, was auf ihn zukommt. Und ich bin lange genug in der CDU und in der deutschen Politik, um zu wissen, daß Oppositionsführer kein Amt ist, das jeden Tag viel Glanz verleiht... Aber wenn ich die Ergebnisse der letzten zwei Jahre betrachte, und zwar Wahlergebnisse, den Zuwachs an Kompetenzen in der Bevölkerung, bin ich damit zufrieden. Nur,

man kann im Amt des Oppositionsführers nicht als strahlender Sieger durchs Land ziehen. Man kann nicht künden von Gesprächen mit Staatsoberhäuptern. Man muß im nüchternen Alltag bestehen. Und das versuche ich.

**Frage:** Nun wollen Sie in der Fraktion am Arbeitsstil, an der Zusammenarbeit etwas ändern. Heißt das, daß Sie den berühmten Mainzer Stil der Teamarbeit hier nach Bonn übertragen können? Oder fehlen da die Mitstreiter?

**Helmut Kohl:** Nein, an Mitstreitern wird es sicherlich nicht fehlen. Wir sind in der Konstituierung der Fraktion vor zwei Jahren nach den Entscheidungen und in schwierigen Verhandlungen nach Kreuth in einer schwierigen Lage gewesen. Wir haben nun in dieser Struktur diese zwei Jahre zusammengearbeitet. Es zeigt sich eben, daß einiges verbessert werden muß, daß wir nicht einen vielstimmigen Chor, sondern klare Stimmen hören zu den einzelnen Sachverhalten der Politik. Ich glaube, das wird möglich sein. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in der Gemeinschaft eines Teams, das dann auch unsere Politik draußen deutlich macht.

**Frage:** Wird Herr Biedenkopf stärker herausgestellt werden in der Parlamentsarbeit?

**Helmut Kohl:** Kurt Biedenkopf ist ein besonders kreativer Mann. Ich bin keiner, der nun nachkartet, sondern ich bin dafür, nach vorne zu schauen. Wir haben vier Landtagswahlen und die Europawahl in diesem Jahr. Jetzt gilt es für uns alle, nicht in irgendeinem Schmollwinkel zu stehen, sondern nach vorne zu schauen, hart zu arbeiten, zu kämpfen und unseren Wählerauftrag zu erfüllen.

# Projektgruppen zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes

**Generalsekretär Heiner Geißler gab auf einer Pressekonferenz in Bonn (15. 1. 1979) Maßnahmen bekannt, die der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes dienen:**

① Der Bundesvorstand der CDU hat einstimmig beschlossen, die Entscheidung des Partei- und Fraktionsvorsitzenden, Vorschläge für die Organisation der Arbeit der Fraktion für die zweite Legislaturperiode zu machen, zu unterstützen.

Die CDU appelliert an die CSU, an der Erarbeitung und Verwirklichung dieser Vorschläge konstruktiv mitzuwirken. Der Wähler wird eine positive Entscheidung der beiden Unionsparteien als einen Beweis für den ungebrochenen Willen beider Parteien ansehen, die Regierungskoalition von SPD und FDP nach über zehn Jahren abzulösen.

Ein sorgfältig vorbereitetes und rasches Ergebnis der jetzt erforderlichen Beratungen über die künftige Fraktionsarbeit ist geeignet, die Wahlchancen der Union bei den wichtigen Wahlen dieses Jahres zu erhöhen.

② Zur Vorbereitung des Wahlkampfes 1980 werde ich dem Bundesvorstand der CDU die Einrichtung von Projektgruppen vorschlagen, die sich aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden zusammensetzen. Diese Projektgruppen arbeiten

- a) auf der Grundlage der in den letzten beiden Jahren verabschiedeten Programme,
- b) der Ergebnisse der Fachkongresse der CDU,

c) mit dem Ziel, den in diesem Bereich vorhandenen Vorsprung der CDU vor der SPD in der Sachkompetenz auszubauen.

Diese Projektgruppen sollen sich u.a. mit folgenden Themen beschäftigen:

- Entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft (Steuervereinfachung; Abbau bürokratischer Investitions hemmisse; Anreiz zu mehr Selbständigkeit; bürgernahe Verwaltung)
  - Zukunftssicherung (Generationenvertrag; mehr Wahl freiheit für die Frau; Hilfe für die Familien; Umwelt und Wachstum)
  - Für ein menschliches Bildungs wesen
  - Frieden durch Sicherheit, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in der Welt
  - Die geistigen Grundlagen unseres Gemeinwesens (wehrhafte Demokratie; Erneuerung des Verfassungskonsenses des Grundgesetzes)
- Die CSU soll eingeladen werden, sich an diesen Projektgruppen zu beteiligen.
- ③ Die CDU/CSU besitzt objektiv gute Chancen, die Bundesregierung 1980 abzulösen. Die CDU/CSU ist in den wichtigen Sachfragen der SPD/FDP-Koalition überlegen. Dies ist die entscheidende Grundlage, auf der der Bundesparteitag in Kiel alle wichtigen personellen und sachlichen Lösungen aufbauen wird. Der Parteitag wird beweisen, daß die sachliche Geschlossenheit der CDU der personellen Einigkeit voll entspricht.

## ■ INFORMATION

### Für Stabilität der Gemeindefinanzen

Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel, hat sich gegen neue Steuerreformforderungen „unbekannten Inhalts“ ausgesprochen, die nicht geeignet seien, in den kommunalen Volksvertretungen für Ruhe und Sicherheit zu sorgen. In der Erläuterung des Gemeindefinanzberichtes des Deutschen Städtetages warnte der Stuttgarter Oberbürgermeister davor, die Gemeindefinanzen weiter auszuhöhlen. Energisch wandte er sich gegen den Vorwurf, die Kommunen hätten zuviel Geld. Niemandem dürfe es einfallen, gegenüber den Kommunen eine „Politik des Wassers bis zum Hals zu betreiben“. Er kündigte den energischen Widerstand der Städte und Gemeinden gegen die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer an. Das Recht zur Gewerbebesteuerung sei tragender Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung und Selbstverantwortung.

### Helmut Kohl sprach mit Semjonow

Der sowjetische Botschafter in Bonn, Wladimir Semjonowitsch Semjonow, traf im Rahmen seiner Antrittsbesuche zu einem zweistündigen Gespräch mit Helmut Kohl zusammen. Im Mittelpunkt des Gespräches standen aktuelle Fragen der internationalen Politik, der europäischen Sicherheit und der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Semjonow unterstrich die Bereitschaft der sowjetischen Regierung, die Kontakte mit den Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag fortzusetzen und

zu intensivieren. In diesem Zusammenhang vereinbarten beide Gesprächspartner einen regelmäßigen Meinungsaustausch.

### Fachtagung „Umwelt und Wachstum“

Unter dem Motto: „Lebenswerte Zukunft“ wird die CDU am 1. und 2. März 1979 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn eine wissenschaftliche Fachtagung zum Thema: „Umwelt und Wachstum“ veranstalten. Mit diesem Kongreß setzt die CDU die im Jahre 1977 begonnene Tradition ihrer erfolgreichen wissenschaftlichen Fachtagungen fort, die wegen ihrer offenen, kritischen und auch kontroversen Diskussionen durchweg ein breites und positives Echo in der deutschen Öffentlichkeit gefunden haben. Generalsekretär Heiner Geißler erklärte dazu, viele, vor allem jüngere Mitbürger reagierten zunehmend sensibel auf eine Politik, die die Umweltbelange und Zukunftsinteressen unseres Volkes vernachlässige. Die Union wolle mit dieser Tagung zur Versachlichung der Diskussion beitragen.

### Bekenntnis zu Europa

Das Bekenntnis zu Europa stand im Mittelpunkt eines außerordentlichen Landesparteitages, den die Bremer CDU im Niederdeutschen Theater veranstaltete. Vor rund 200 Delegierten betonte der Bundestagsabgeordnete Ernst Müller-Hermann, der für die Wahl zum Europaparlament kandidiert, daß sich nur ein einiges Europa in der Welt behaupten könne. Es schade gar nichts, daß die Euphorie der fünfziger Jahre verflogen sei — um so nüchterner könnten die Europäer erkennen, wie sehr unser tägliches Leben bereits von Europa abhänge.

## ■ BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

# Unwürdiges Spiel um Scheel

**Anders als in der Weimarer Republik wird das Staatsoberhaupt in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr unmittelbar vom Volk gewählt. Als sich die Väter unserer Verfassung vor dreißig Jahren entschlossen, bei der Präsidentenwahl das Plebisitz durch das Volk nicht mehr vorzusehen, standen sie unter dem Eindruck der unguten Erfahrungen, die Deutschland in der Zeit der Weimarer Republik mit Plebisiten hatte machen müssen, stellte Helmut Kohl fest.**

**K**ein Geringerer als Theodor Heuss, das erste unvergessene Staatsoberhaupt unseres Landes, hat diese Erfahrungen auf einen klaren, unmißverständlichen Nenner gebracht: Als er 1959 aus seinem Amt schied, bekannte er sich in einer Rede mit großem Nachdruck zu der Entscheidung des Parlamentarischen Rates und betonte, er selber sei es gewesen, der diesen Vorschlag als erster in die Debatte geworfen habe. Und Theodor Heuss fügte hinzu: „Wir wollten den Wortschwäll-Demagogen keine Chance geben.“

Das Staatsoberhaupt wird bei uns von der Bundesversammlung gewählt; sie setzt sich zur einen Hälfte aus den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, zur anderen aus Mitgliedern der Länderparlamente zusammen. In der Bundesversammlung, die im Frühjahr 1979 den neuen Bundespräsidenten bestimmten wird, verfügen CDU und CSU über eine deutliche Mehrheit.

Die Union ist die stärkste politische Kraft im Deutschen Bundestag und in neun von elf Länderparlamenten. Wenn wir uns entschieden haben, Walter Scheel im kommenden Frühjahr nicht wiederzuwählen, sondern einen eigenen Kandidaten für das Amt des Staatsoberhauptes zu benennen, so werten wir weder die Person noch die Amtsführung des gegenwärtigen Bundespräsidenten ab, sondern machen nur demokratisches Recht geltend: Recht, das sich auf Wählerstimmen stützt.

Aus Achtung vor Walter Scheel, vor allem aber aus Achtung vor dem Amt und der Würde des Staatsoberhauptes hätten SPD und FDP es sich eigentlich versagen müssen, die Präsidentenwahl im kommenden Frühjahr als ein Thema für wahlkämpferische Auseinandersetzungen anzusehen. Doch das genaue Gegenteil ist der Fall:

Der amtierende Bundespräsident — so wollen es Schmidt, Brandt und Genscher — soll in den vor uns liegenden Landtagswahlkämpfen in Berlin, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zum Wahlhelfer für SPD und FDP gemacht werden. Weder Schmidt noch Genscher scheint es sonderlich zu stören, daß dem Amt des Bundespräsidenten — das ja ein Amt über den Parteien ist — auf diese Weise schwerer Schaden zugefügt wird.

Das unwürdige Spiel, das SPD und FDP mit Amt und Person Walter Scheels treiben, erfordert ein klärendes Wort des Betroffenen.

## ■ EUROPA

### CD stellt Aktionsprogramm 1979 vor

**Das Jahr 1978 endete nach Auffassung des Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, MdB Egon A. Klepsch, mit zwei Erfolgen für die Christlichen Demokraten: In Venezuela gewannen die Christlichen Demokraten die Präsidentschaft und in beiden Häusern des Parlaments eine regierungsfähige Mehrheit für ihre Reformpolitik.**

In Belgien haben die Neuwahlen den CD-Parteien neue Fortschritte gebracht. Die Distanz zu den in Stagnation verharrenden belgischen Sozialisten konnte vergrößert werden.

An politischen Problemen stellte Egon A. Klepsch für 1979 — neben der Hauptaufgabe der Direktwahl — insbesondere heraus:

- die Weiterarbeit an den mit dem Europäischen Währungssystem eingeleiteten Maßnahmen zur Herbeiführung einer Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage der von der CD-Fraktion gemachten Vorschläge;
- das Lome-II-Abkommen;
- die Erweiterung der EG um Griechenland, Spanien und Portugal;
- die institutionelle Weiterentwicklung, insbesondere die Verbesserung der Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft;
- die Funktionsfähigkeit der Welthandelsbeziehungen.

MdB Klepsch kündigte an, die CD-Fraktion werde sich im Zeichen der Direktwahl vornehmlich mit drei Arbeitsbereichen beschäftigen:

- ① der Übertragung der vollen Kompetenzen, Handlungsspielräume und Einflußmöglichkeiten auf das direkt gewählte Europäische Parlament;
- ② der Vorbereitung und Schaffung der technisch-organisatorischen Voraussetzungen für eine effektive Arbeit des direkt gewählten Europäischen Parlaments;
- ③ der Unterstützung der Informations- und Wahlkampagne der Europäischen Volkspartei, die mit einem klaren Programm geschlossen in die Wahlen gehe.

Im einzelnen nannte der CD-Vorsitzende in diesem Rahmen folgende Aktionen:

- im Februar den II. Kongreß der Europäischen Volkspartei in Brüssel,
- im März eine Agrarkonferenz in Rom,
- im April eine regionalpolitische Konferenz in Irland,

- im Mai eine Studenttagung über Fragen des europäischen Umweltschutzes (insbesondere der Sauberhaltung des Rheins).

Die CD-Fraktion werde die Informationskampagne der Europäischen Volkspartei mit

- einem Film,
- einer Tonbildschau sowie
- Argumentations- und Informationsmaterial über die Arbeit des Parlaments und der CD-Fraktion unterstützen.

Für die nominierten Direktwahlkandidaten würden zudem spezielle Informationsseminare durchgeführt.

## ■ STRUKTURPOLITIK

# Verkehrsberuhigung in den Städten auf verschiedenen Wegen möglich

Nach Auffassung des Bundesfachausschusses für Strukturpolitik der CDU wird die Verkehrsberuhigung in Städten mehr und mehr zu einem zentralen Thema der Kommunal-, Verkehrs- und Umweltpolitik. Denn — immer mehr Menschen leiden unter Verkehrslärm, — Fußgängerzonen, die es mittlerweile in mehr als 250 Städten und Gemeinden gibt, führen oft zu einer Teiloptimierung — Verkehr und Verkehrslärm werden in andere Stadtviertel exportiert, stellte der Vorsitzende des Ausschusses MdB Dieter Schulte fest.

Für eine Verkehrsberuhigung in Städten gibt es keine Patentrezepte und keine „einzig wahre Konzeption“. Verbotszonen für den Autoverkehr sind dann sinnlos, wenn nur eine räumliche Verlagerung der Probleme in die Nachbarviertel und damit keine Problemlösung stattfindet. So zeigt sich heute beispielsweise, daß die Randgebiete von reinen Fußgängerzonen in vielen Fällen in eine desolate Verkehrssituation geraten, weil die entsprechenden raum- und fachübergreifenden Maßnahmen fehlen. Hier tut sich nach Auffassung des Ausschusses ein neues Problemfeld der innerstädtischen Verkehrspolitik auf.

Für den Bundesfachausschuß ergibt sich daraus die Konsequenz, daß bei allen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung

für jede Stadt die arteigene Lösung gefunden werden muß. Stadtbild, Verkehrsströme, Einkaufsmöglichkeiten, Zahl der Wohnbevölkerung usw. sind überall verschieden. Eine Mittelstadt mit historischem Stadtkern verlangt einen anderen „Maßanzug“ zur Verkehrsberuhigung als eine in der Nachkriegszeit wieder aufgebaute Großstadt.

Die Zahl der aus anderen Gemeinden einfahrenden Pendler, ob zur Arbeit oder zum Einkaufen oder zur Behörde, ist von Stadt zu Stadt unterschiedlich. Ein bereits von Wohnbevölkerung weitgehend entleerter Stadtkern ist anders zu behandeln als ein Gebiet, in dem öffentliche Einrichtungen, Läden und Wohnungen gemischt sind. Nur die Berücksichtigung all dieser Faktoren im Einzelfall und vor Ort kann insgesamt sinnvolle Verkehrslösungen bringen und ein bloßes Hin- und Herschieben von Verkehrsbelastungen vermeiden.

Auch ohne Umlenkung des Verkehrs können die Gemeinden in eigener Verantwortung den Lärm mindern. In Zusammenarbeit mit den Straßenverkehrsbehörden und der Polizei kann oft örtlich abgeholfen werden. So wird häufig die Möglichkeit nicht genutzt, durch ein späteres An- und ein früheres Abschalten von Ampeln die Nachtruhe zu gewährleisten und den Verkehrsfluß nicht negativ, sondern sogar positiv zu beeinflussen.

Kontrollen an frisierten Mopeds und Kleinkrafträder werden zeigen, daß bestehende Gesetze und Verordnungen schon erhebliche Entlastungen bringen; oft genügen einmalige Kontrollen für eine lange Zeit. Es gibt leider viele Beispiele, wo Bebauungspläne neben bereits bestehenden Verkehrswegen Wohnsiedlungen zulassen, aus denen dann Bürgerinitiativen gegen den Verkehrslärm entstehen.

Die Belebung von Stadtzentren setzt häufig einen Rückgang des Straßenverkehrs voraus, weil das Wohnen oder Einkaufen sonst nicht mehr attraktiv ist. Fußgängerzonen haben in vielen Städten eine Besserung gebracht. Hier gibt es aber auch Gefahren. Häufig wurde nur die Alternative: Unbeschränkter Verkehr oder totales Verkehrsverbot gesehen. Gemischte Fußgängerzonen werden jedoch oft den Bedürfnissen der Anwohner und der dort arbeitenden und einkaufenden Bevölkerung besser gerecht; das Instrument der zeitlichen Staffelung wurde bisher ebenfalls zu wenig genutzt.

Die reine Fußgängerzone löst auch nicht das Problem, wie die dort Wohnenden noch einen eigenen Pkw benutzen können. Auch hier kann oft eine gemischte Fußgängerzone abhelfen. Für die Wohnbevölkerung eines solchen Gebiets können zahlenmäßig begrenzte Parkscheine ausgegeben werden.

Den Kritikern des Straßenbaus hält der Bundesfachausschuß der CDU entgegen, daß in vielen hundert kleinen und mittleren Städten Verkehrsberuhigung im wesentlichen nur durch den Bau von Umgehungsstraßen erreicht werden kann.

Deshalb ist bei der 1979 anstehenden Fortschreibung des Fernstraßenausbau-

plans hier eine deutliche Priorität zu setzen. Bei den Kosten-Nutzen-Analysen solcher Maßnahmen ist auf der Kostenseite der Preis für passive Lärmschutzmaßnahmen, auf der Nutzenseite die Umweltentlastung zu berücksichtigen. Straßenbau kann auch umweltfreundlich sein.

In vielen Städten macht der Parkplatz-Suchverkehr im Tagesdurchschnitt mehr als 20 % aus. Hier sieht der Bundesfachausschuß ein zentrales Aufgabengebiet für verkehrsberuhigende Maßnahmen.

## **Neue Parkleitsysteme**

Der Ausschuß fordert ein Bundesprogramm zur Entwicklung und zum Bau neuer Parkleitsysteme, die den Kraftfahrer rechtzeitig über die aktuelle Parksituation in der jeweiligen Stadt informieren und ihn zu vorhandenen Parkräumen leiten.

Die Schaffung von Umsteige-Parkplätzen hat nicht Schritt gehalten mit dem Bau von U- und S-Bahnen. Der Bundesfachausschuß fordert deshalb ein U- und S-Bahnbau-Folgeprogramm mit dem Ziel, die katastrophale Parkraumnot an den für den „Park-and-ride-Verkehr“ in Frage kommenden Haltestellen zu beseitigen.

Zusätzliche rechtliche Voraussetzungen für verkehrsordnende Maßnahmen sind zu schaffen. Der Bundesfachausschuß befürwortet für Wohnstraßen in Wohnvierteln eine Regel, die Fußgänger und Kraftfahrzeuge gleichberechtigt. Dies muß in Zukunft mit einem Verkehrsschild für Wohngebiete erreicht werden. Die Wohnstraße darf nicht reiner Transportweg sein. Sie soll ihre Funktion als Aufenthaltsplatz, Kontakt- und Kommunikationsfläche zurückerhalten.

## KOALITION

### Kieler SPD fordert offen Systemveränderung

Mit ihrem jetzt endgültig beschlossenen Programm zur Landtagswahl im April begibt sich die schleswig-holsteinische SPD nach Einschätzung des Generalsekretärs der Landes-CDU, Harm Dallmeyer, nicht nur auf einen bewußten Konfrontationskurs zur sozial-liberalen Bundesregierung. Die Landes-SPD leistet auch einer Systemveränderung Vorschub. Sie schreibt radikale Positionen des Hamburger Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose zum Wirtschafts- und Gesellschaftssystem fest und überbietet sie teilweise noch. Die Ursache liegt in dem völlig verzerrten Bild, das die schleswig-holsteinische SPD von den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen im Lande hat. Das Experimentieren mit sozialistischen Planungsinstrumenten ist keine Alternative zur bewährten Politik der CDU. Da sich die ideologisch begründeten Gegensätze zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sogar noch verstärken, muß nach Dallmeiers Einschätzung mit einer zunehmenden Isolierung der schleswig-holsteinischen SPD gerechnet werden. Sie verfolge einen unsicheren und gefährlichen Kurs, der kein Vertrauen der Wähler verdiene.

### „Entgleisung“ Genschers

In einer Rede vor dem Wirtschaftsrat der Berliner CDU hat deren Spitzenkandidat bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus, von Weizsäcker, Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Genscher auf dem Dreikönigstreffen scharf kritisiert und sie als „eine Entgleisung“ gewer-

tet. Genscher hatte die Berliner vor dem CDU-Politiker „gewarnt“, da dessen Kandidatur und ein von Weizsäcker geführter Senat eine Gefahr für die Entspannungspolitik darstellten. Wer dem demokratischen Gegner den Willen zu Frieden und Entspannung abspreche, sagte Weizsäcker, „schadet nicht diesem Gegner, sondern untergräßt die Fähigkeit der deutschen Politik, den Frieden nach außen zu sichern“. Genscher habe im Streit der Parteien über die Berlin- und Deutschlandpolitik bei früherer Gelegenheit ausgleichend gewirkt. Wenn er jetzt aus „innerparteilicher Bedrägnis“ das Gegenteil tue, stelle dies „eine verantwortungslose Schädigung der deutschen Interessen durch den Bundesaußenminister dar“.

### „Vollsozialisierung der Erziehung“

Schwere Vorwürfe gegen die Familien- und Gesellschaftspolitik der Bundesregierung erhoben erneut der Kölner Erzbischof, Kardinal Höffner, und der Vorsitzende des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum Köln, der Landtagsabgeordnete Petermann: „Das Erziehungsrecht der Eltern ist gefährdet; staatlich zugelassene Schulbücher schüren weiter künstlich Konflikte zwischen Schülern und Eltern; die geplanten Gesetze über Elternrecht und Jugendhilfe führen zur Vollsozialisierung der Erziehung.“

Der Bundesregierung und der Bonner Regierungskoalition warf der Landtagsabgeordnete Petermann vor, sie setzten ihre elternrechtsfeindlichen Gesetzentwürfe fort, mit denen in verfassungsrechtlich bedenklicher Weise versucht werden sollte, die staatliche Macht weitgehend an die Stelle der freien Verantwortung zu setzen. Petermann mein-

te, die Tendenz sei deutlich: Zuerst schränke der Staat das Mitspracherecht der Eltern ein, um sich dann selbst weitgehende Eingriffsmöglichkeiten zu verschaffen. „Statt einer fragwürdigen Emanzipation ein Weg zur Vollsozialisierung der Erziehung.“

## Bethlehem aus der Sicht der SPD

„Wenn man absieht von allem, / was fromme Legende hinzutat, / ... bleibt ein Ereignis, / das in der Dritten Welt alle Tage vorkommt: / ... Ohne ärztlichen Beistand, unterernährt, / nicht seßhaft und kaum, daß auf den Mann Verlaß ist, / bringt eine Frau ihr Kind zur Welt. / ... Von Zeit zu Zeit hat so ein Wurm Glück, / es lernt Krankenhaus und Schule kennen / und kriegt satt zu essen. Dann verkünden / die Weisen aus dem Morgenland: Ein Mensch / ist Mensch geworden. Ziemlich sicher, daß er, / sollte er Ansprüche geltend machen, / bald mit den Mächtigen in Konflikt gerät, / man wird ihn erledigen und Wenigermutige / werden ihn als Märtyrer feiern, / die Mörder werden seine Lebensgeschichte ausschmücken / bis sie wohnlich geworden ist und weihnachtlich.“

Dieses leicht gekürzte Gedicht mit der Überschrift „Bethlehem“ ist ein Musterbeispiel für den Geist, in dem die SPD-Wochenzeitschrift „Vorwärts“ die jungen Genossen auf das christliche Weihnachtsfest vorbereitete. Diese Kinderbeilage des SPD-Parteiorgans könnte von den KP-Funktionären in Moskau direkt für die Zwecke ihrer antireligiösen Propaganda unter Kindern und Jugendlichen abonniert werden, „denn besser können sie es auch nicht machen“, heißt es dazu in der „Ordinariats-Korrespondenz“ des Erzbischöflichen Ordinariats München.

## Unverantwortliche Stimmungsmache

Jeder Staatsbürger muß sich nach Meinung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) darauf verlassen können, daß der Beamte sich mit der Wertordnung der Verfassung identifiziere, insbesondere dadurch, daß er Verfassung und Gesetz beachtet. In seiner Erklärung forderte das ZdK die Bundesregierung und die Regierungen der Länder auf, ohne Einschränkung für strikte Einhaltung und gleichmäßige Anwendung der von der Verfassung geforderten und durch Gesetze konkretisierten Einstellungsvoraussetzungen für Beamte einzutreten.

Als unerträglich bezeichnete es das ZdK, „daß Eltern durch staatliche Maßnahmen dazu gezwungen werden können, die Erziehung ihrer Kinder Lehrern überlassen zu müssen, die unserer Verfassung und die ihr zugrunde liegende Wertordnung nicht vertreten, ja sogar ablehnen und bekämpfen“.

Einer „unverantwortlichen Stimmungsmache, die mit totalitär vorgeprägten Begriffen wie ‚Gesinnungsschnüffelei‘, ‚Berufsverbot‘ junge Menschen in einen Gegensatz zur Verfassungsordnung drängen will“, könne am besten dadurch entgegengewirkt werden, daß über Bedingungen und Verfahrensabläufe mit größtmöglicher Klarheit informiert werde, heißt es in der Erklärung.

## Mittelstandsfeindlich

Erich Mertz (53), Heilbronner SPD-Stadtrat, trat aus seiner Partei aus und in die CDU ein. Die SPD betreibe eine „mittelstandsfeindliche Politik“ und habe einen „bundesweiten Linkstrend“ vollzogen, begründete der Architekt seinen Schritt.

## ■ BILDUNGSPOLITIK

# Vorstoß der Union: Studium im Ausland soll gefördert werden

**D**er Ausbildung junger Menschen droht nach Einschätzung der CDU/CSU eine zunehmende „Provinzialisierung“, weil immer weniger Schüler, Studenten, junge Wissenschaftler und jüngere Auszubildende bereit sind, einen Teil ihrer Aus- oder Fortbildung im Ausland zu erwerben. Um dieser „Auslandsmüdigkeit“ zu begegnen, legte die Fraktion in Bonn umfassende Vorschläge für ein besonderes Förderungsprogramm im Bundestag vor.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion betrachtet diese Entwicklung mit großer Sorge, erklärten die bildungspolitischen Sprecher, MdB Anton Pfeifer und MdB Volker Rühe, auf einer Pressekonferenz. So studierten 1962 von etwa 300 000 deutschen Studenten fast 10 000 an Hochschulen des Auslandes. Dagegen studierten 1977 von etwa 800 000 Studenten kaum mehr als 10 000 im Ausland.

Das heißt, der Anteil der deutschen Studenten im Ausland ist, gemessen an der Gesamtzahl der Studenten, von 3,1 auf etwa 1,2 Prozent zurückgegangen. Der Prozentsatz der Hochschulabsolventen, die einen Teil ihres Studiums im Ausland verbrachten, hat sich von 1962 bis 1975 von 14 auf 7 Prozent halbiert. Seit 1975 hält diese negative Entwicklung an.

Im Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Förderung des Auslands-

aufenthaltes von Schülern, jungen Arbeitnehmern, Studenten und Wissenschaftlern wird die Bundesregierung mit einem umfassenden Katalog von Anregungen und Maßnahmen aufgefordert, ihrerseits endlich tätig zu werden, um der allgemeinen Auslandsmüdigkeit der jungen Generation wirkungsvoll zu begegnen.

Einige unserer Vorschläge und Anträge an die Bundesregierung sind:

- Aktivierung des Europäischen Jugendwerkes und Erarbeitung konkreter Vorschläge zum Ausbau des deutsch-amerikanischen Jugendaustausches, wobei die Erfahrungen der bestehenden Organisationen einbezogen werden.
- Ausstattung des Bundesjugendplanes mit zusätzlichen Finanzmitteln zur Förderung eines Auslandsaufenthaltes von jungen Bürgern.
- Verhandlungen mit den Regierungen anderer Staaten, beispielsweise im Ministerrat der EG, aber auch getrennt mit einzelnen europäischen und außereuropäischen Regierungen, wie mehr Freizügigkeit für den Austausch von Schülern, jungen Arbeitnehmern, Studenten und Wissenschaftlern hergestellt werden kann. Diese Verhandlungen sollten sich auf den Wegfall oder zumindest auf die Begrenzung von Studiengebühren und auf die koordinierte gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und Zwischenexamina erstrecken.

- Sonderstipendien-Programm für den Auslandsaufenthalt.
- Verstärkte Förderung von Auslandsstudienaufenthalten auch nach den berufsbefähigenden Examen; Überlegungen für eine spezielle Ausweitung der Graduiertenförderung bei einem Auslandsaufenthalt.
- Aufstellung einer umfassenden Statistik über Auslandsaufenthalte von Schülern, Studenten, jungen Arbeitnehmern und Nachwuchswissenschaftlern.
- Erarbeitung eines Programms zur Sicherung der Rückkehr von deutschen Wissenschaftlern nach ihrer Auslandstätigkeit.
- Prüfung der Frage, ob Auslandszuschläge auch für diejenigen ermöglicht werden können, die ohne ein besonderes Stipendium einen Auslandsaufenthalt anstreben.
- Flexiblere Gewährung von Studiengebühren Kurkosten, Reise- und Sachaufwendungen bei einem Auslandsaufenthalt im Zusammenhang mit einem Stipendienprogramm.
- Ausbau von Austauschprogrammen für die Ferienarbeit.
- Über neue Initiativen, Vorschläge und Anregungen soll die Bundesregierung regelmäßig, alle zwei Jahre, dem Deutschen Bundestag berichten.

Die Anregungen und Vorschläge zur besseren Förderung von Auslandsaufenthalten junger deutscher Bürger sollen zunächst auf der politischen Ebene zur Erarbeitung von Einzelinitiativen führen. In einem zweiten Durchgang wollen wir diese Maßnahmen präzisieren und anreichern durch die genannten Erörterungen auf der Ebene der betroffenen und engagierten Verbände und Mitterorganisationen.

## ■ STAHLSTREIK

### Urabstimmung sollte Anlaß zum Nachdenken geben

Mit 63 082 Nein-Stimmen gegenüber 76 271 Ja-Stimmen hat die IG Metall in der Urabstimmung einen deutlichen Denkzettel erhalten, der für die Verantwortlichen Anlaß zum Nachdenken sein sollte, erklärte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Adolf Müller (Remscheid).

Dieser Denkzettel wäre für die Gewerkschaft bestimmt zu vermeiden gewesen, denn das Tarifergebnis ist für die Arbeitnehmer durchaus ein beachtlicher und begrüßenswerter Erfolg: Die gezielte Verkürzung der Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer und Nachtarbeiter entlastet die am härtesten Betroffenen und ist ein Beitrag für eine humanere Arbeitswelt. Die längerfristige Urlaubsregelung zusammen mit den zusätzlichen Lohnprozenten ist ebenfalls beachtlich. Schadenfreude gegenüber der IG Metall wäre jetzt aber völlig verfehlt. Verunsicherte und gespaltene Gewerkschaften nutzen keinem, der Wirtschaft am wenigsten, wie das Beispiel anderer Länder zeigt. Um ähnliche Schlappen zu vermeiden, müssen in Zukunft Erwartungen, die geweckt werden, und mögliches Ergebnis näher beieinander liegen.

Bei den Diskussionen an der Gewerkschaftsbasis um das Für und Wider einzelner Regelungen muß linksradikalen Scharfmachern entschlossen entgegentreten werden.

## ■ ENERGIE

# Bürokratie hat Einsparungen verhindert und Bürger verunsichert

**Die Forderung nach Energieersparnis taucht als vorrangiges Ziel in allen energiepolitischen Erklärungen der Parteien auf. Die Frage ist aber, wie in der Praxis durch eine Kombination freiwilliger Maßnahmen, Marktkräfte und staatlicher Vorschriften die rationelle Energieverwendung verstärkt werden kann.**

Seit der Ölkrise 1973 sind eine Vielzahl gesetzgeberischer Maßnahmen zur Energieersparnis eingeleitet worden. Ob sie das gewünschte Ziel erreichen, muß bezweifelt werden, erklärte MdB Heinz Riesenhuber in Bonn. Der Gesetzgeber hat beispielsweise folgende Maßnahmen ergriffen:

Energieeinsparungsgesetz,

Wärmeschutzverordnung,

verschiedene Neufassungen von Normen, ergänzend zu den Verordnungen im Rahmen des Energieeinsparungsgesetzes,

Neufassung des Investitionszulagengesetzes,

Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz vom 18. Juli 1978,

Änderung des Einkommensteuergesetzes mit dem Ziel, Abschreibungen für energieeinsparende Maßnahmen zuzulassen,

Heizungsanlagenverordnung,

Heizungsbetriebsverordnung,

Verordnung über Feuerungsanlagen,

steuerliche Entlastung für stationäre Dieselanlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung.

Man fragt sich bei dieser Aufzählung, ob damit der Energieersparnis ein Dienst geleistet wurde oder ob genau das Gegenteil erzielt wird.

Am Beispiel des Energieeinsparungsgesetzes vom Juli 1978 zeigt sich, daß bei der Durchführung der gesetzgeberischen Maßnahmen die Bürokratie neue Triumphe feiert. Insbesondere die Energiesparzulage entsprechend dem neuen Energieeinsparungsgesetz bereitet große Sorgen.

Während die CDU/CSU sich von vornherein für die Gewährung von Abschreibungen eingesetzt hatte, um energie sparende Maßnahmen zu belohnen, drängten die Koalitionsparteien auf die Gewährung einer Zulage.

Das Resultat ist nun, daß die einzelnen Bundesländer ihre eigenen Richtlinien entwickelt haben, um die Energiesparzulage zu gewähren.

Das gesamte Gesetz wurde durch den Druck der Koalitionsparteien schlampig zusammengeschrieben. Nach den bisherigen Erfahrungen auf Grund der beantragten Energiesparzulagen werden überwiegend wärmedämmende Maßnahmen stimuliert, nicht aber etwa der Durchbruch von Solarenergie oder -wärme im Markt erreicht. Gleichzeitig stiegen die Preise auf dem Baumarkt drastisch.

## ■ CDU-BERLIN

### Namhafte Unionspolitiker stehen für die Regierungsverantwortung bereit

Die Berliner CDU wird bei einem Wahlsieg eine Reihe von politischen Führungspositionen in Parlament, Fraktion und Senat zu besetzen haben, stellte der Spitzenkandidat der Berliner CDU, MdB Richard von Weizsäcker fest.

Hierzu stehen in erster Linie zur Verfügung: Peter Lorenz, Landesvorsitzender der Berliner CDU,

Heinrich Lummer, Fraktionsvorsitzender der CDU im Abgeordnetenhaus, Karl-Heinz Schmidt, 2. Landesvorsitzender und stellvertretender Fraktionsvorsitzender,

Eberhard Diepgen, geschäftsführender Landesvorsitzender und stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Die Nominierung weiterer Berliner Politiker aus der Berliner CDU bleibt für die Zeit nach der Wahl vorbehalten.

Es besteht ferner die Absicht, parteiungebundene Persönlichkeiten nach der Wahl zur Teilnahme an der öffentlichen Verantwortung in Berlin einzuladen.

Im Einvernehmen mit der Führung der Berliner CDU werden folgende Persönlichkeiten aus Westdeutschland für Berliner Führungspositionen nominiert:

MdB Hanna Neumeister, gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

Gerhard Rödding, Landeskirchenrat der Evangelischen Kirche von Westfalen,

MdB Christa Schwarz-Schilling, Generalsekretär der hessischen CDU,

Klaus Dieter Zemlin, Abteilungsleiter bei der Postgewerkschaft im DGB.

Ein Schattenkabinett für den Wahlkampf wird nicht aufgestellt. Die endgültige Ressortzusammenstellung und Zuteilung bestimmter Aufgaben an einzelne Persönlichkeiten wird für die Zeit nach der Wahl vorbehalten. Lediglich für die aus Westdeutschland nominierten Kandidaten ist bereits jetzt die Übernahme der Verantwortung für bestimmte Gebiete wie folgt vorgesehen: Frau Dr. Neumeister — Gesundheitspolitik,

Dr. Rödding — Schulpolitik,

Dr. Schwarz-Schilling — Wissenschaft und Forschung.

K. D. Zemlin — Arbeit und Soziales.

Die Nominierung von MdB Karl-Heinz Narjes für das Amt eines Wirtschaftsministers bleibt bestehen.

Die Berliner CDU sieht in der Bereitschaft der westdeutschen Kandidaten, sich für die Zukunft Berlins persönlich zu engagieren und für den demokratischen Wechsel am 18. März 1979 mitzukämpfen, ein Zeichen des Vertrauens der Bundespartei zur Sache der Berliner Landespartei und einen Beweis dafür, daß es der CDU Deutschlands damit ernst ist, Berlin als eine nationale Aufgabe zu begreifen.

### Elternverein beitreten

Die hessische CDU hat ihre Mitglieder aufgefordert, dem Hessischen Elternverein beizutreten. In einem von der Landesgeschäftsstelle und der Landtagsfraktion an alle Mitglieder verschickten Brief wird diese Aufforderung mit der „enormen politischen Bedeutung“ des Elternvereins begründet.

# 27. Bundesparteitag

## vom 25. bis 27. März 1979 in Kiel

### TAGESORDNUNG

- Beschluß des Bundesvorstandes am  
11. Januar 1979 in Bonn
1. Eröffnung
  2. Wahl des Tagungspräsidiums
  3. Beschußfassung über die  
Tagesordnung
  4. Bestätigung der vom Bundesvor-  
stand eingesetzten Antrags-  
kommission
  5. Wahl der Mandatsprüfungs-  
kommission
  6. Wahl der Stimmzählkommission
  7. Grußworte
  8. Bericht des Parteivorsitzenden
  9. Bericht des Generalsekretärs
  10. Bericht des Bundesschatzmeisters
  11. Bericht der Rechnungsprüfer
  12. Aussprache zu den Berichten
  13. Entlastung des Vorstandes
  14. Bericht der Mandatsprüfungs-  
kommission
  15. Wahl des Bundesvorstandes
    - 15.1. Wahl des Parteivorsitzenden
    - 15.2. Wahl der stellvertretenden  
Vorsitzenden
    - 15.3. Wahl des Bundes-  
schatzmeisters
    - 15.4. Wahl der übrigen Mitglieder  
des Bundesvorstandes
  16. Wahl der Rechnungsprüfer
  17. Sonstige Anträge
  18. Eröffnung des Europaparteitages  
Rede des Generalsekretärs,  
anschließend europapolitische  
Diskussion
  19. Kurzreferate ausländischer Politiker
  20. Wahlaufruf der CDU zur  
Europa-Wahl
  21. Schlußansprache des Partei-  
vorsitzenden

### Vorläufiger Ablauf

#### **Samstag, 24. März 1979**

- 15.00 Uhr Präsidium  
16.00 Uhr Bundesvorstand  
18.00 Uhr Treffen der Vereinigungen  
20.00 Uhr Treffen der Landesverbände  
20.00 Uhr Empfang für die Presse  
(gesonderte Einladung)

#### **Sonntag, 25. März 1979**

- 9.00 Uhr Ökumenischer Gottesdienst  
10.15 Uhr **1. Plenarsitzung**  
Tagesordnungspunkte 1 bis 6  
10.30 Uhr Tagesordnungspunkt 7  
11.00 Uhr Tagesordnungspunkt 8  
12.15 Uhr Mittagspause  
13.30 Uhr **2. Plenarsitzung**  
Tagesordnungspunkt 7  
Tagesordnungspunkte 9—13  
16.20 Uhr Tagesordnungspunkt 14  
16.30 Uhr Tagesordnungspunkt 15 u. 16

#### **Abendveranstaltung:**

Podiumsdiskussion:  
„Europa — Erbe und Auftrag“  
Die geistigen Grundlagen der  
europäischen Zukunft

#### **Montag, 26. März 1979**

- 9.00 Uhr **3. Plenarsitzung**  
Tagesordnungspunkt 18  
12.00 Uhr Mittagspause  
13.30 Uhr **4. Plenarsitzung**  
Fortsetzung Tagesordnungs-  
punkt 18  
20.00 Uhr **Europa-Abend**

#### **Dienstag, 27. März 1979**

- 9.30 Uhr **5. Plenarsitzung**  
Tagesordnungspunkte  
17 und 19  
12.00 Uhr Tagesordnungspunkt 20  
12.15 Uhr Tagesordnungspunkt 21

UNION BETRIEBS GMBH  
5300 BONN  
ARGELANDERSTRASSE 173  
POSTVERTRIEBSSTOCK  
Z 8398 CX  
GEBÜHR BEZAHLT

## TERMINE

- 19. 1. LV Westfalen-Lippe und LV Rheinland Präsidium, Düsseldorf
- 19./20. 1. LV Bremen Sozialausschüsse Norddeutsches Treffen, Kiel
- 20. 1. LV Rheinland-Pfalz Sozialausschüsse Landestag, Neuwied
- 20. 1. LV Hessen Landesdelegiertentag Bad Nauheim
- 20./21. 1. JU — Bund Deutschlandtag, Berlin
- 22. 1. CDU — Bund Präsidium, Bonn
- 25. 1. Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund Vorstandssitzung, Bonn
- 25. 1. LV Westfalen-Lippe Kreisgeschäftsführerkonferenz
- 26. 1. CDU — Bund Frauenvereinigung Bundesvorstand, Berlin
- 26. 1. LV Rheinland Geschäftsführender Landesvorstand und Kreisvorsitzende
- 27. 1. JU Rheinland-Pfalz Sozialausschuss, Mainz

- 27. 1. LV Rheinland-Pfalz, KPV Landestag, Koblenz
- 27. 1. LV Schleswig-Holstein Sozialausschüsse Landesausschuss, Rendsburg
- 29. 1. LV Rheinland Mittelstandsvereinigung Regionaltagung, Remscheid
- 29. 1. CDU — Bund Bundesvorstand, Bonn
- 1. 2. CDU — Bund Regionale Mitarbeiterkonferenz, Hamburg
- 2./3. 2. KPV d. CDU/CSU — Bund AK „Große Städte“ Bundestagung „Jugendpolitik in der Großstadt“, Berlin
- 3. 2. LV Westfalen-Lippe Kulturpolitischer Kongreß, Bad Salzuflen
- 3./4. 2. Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU — Bund Bundesmittelstandstag, Berlin
- 7. 2. LV Rheinland Kreisgeschäftsführerkonferenz, Köln
- 8. 2. LV Bremen Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Kandidaten zur Europawahl, Bremen
- 9. 2. LV Rheinland Landesvorstand, Köln
- 10. 2. LV Oldenburg Landesparteitag, Delmenhorst

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

**UiD**